Wolfgang Petritsch

Europa zwischen Traum und Wirklichkeit

Erst unlängst hat der renommierte deutsche Verlag *Nomos* ein voluminöses Werk mit dem Titel »Europawissenschaften« herausgebracht. Die Spitzen der vorwiegend deutschen Historiker, Politologen und Vertreter anderer einschlägig akademischer Zünfte unternehmen darin den Versuch, das riesig angewachsene Forschungsfeld Europäische Einigung in den wissenschaftlichen Griff zu bekommen. Gewiss ein lohnendes Unterfangen angesichts der zahlreichen *(Alb)Träumer* und gelegentlichen *Trauma-Spezialisten* in Europas politischer und publizistischer Klasse. In Anbetracht der opportunistischen Kassandrarufe und dubiosen Krisenszenarios, die mehr über die Produzenten dieser Untergangsphantasien aussagen, denn über den realen Zustand des europäischen Einigungsprojektes scheint mir der nüchtern-analytische Ansatz der erwähnten Wissenschafter schlüssig zu sein. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass das *Projekt Aufklärung* einer post-modernen Beliebigkeit gewichen ist; der Realitätsbezug, die historische Perspektive scheinen so manchen Europa-Kritikern abhanden gekommen zu sein.

Während wir in vielen Sparten und Regionen die ungebrochene Vitalität des Kontinentes und seiner Bürger vorgeführt bekommen – sehe, wer sehen will – erleben wir seit Jahren in der Tat eine anschwellende Ratlosigkeit der

europäischen Entscheidungsträger, wenn es um die notwendigen nächsten Integrationsschritte geht.
Ohne die eklatante sozialpolitische Fehlsteuerung der Vergangenheit klein reden zu wollen – dazu zähle ich vor allem die kritiklose Übernahme des neoliberalen Paradigmas in die europäische Wirtschafts- und Gesellschaftsdoktrin – überdeckt der vage Krisen-Begriff bloß die fortdauernde Konzeptlosigkeit europäischer Politik. Während die europäischen Gesellschaften – die gesellschaftlich korrekten »Tüchtigen« – immer wohlhabender werden, vermeint der Staat zu verarmen. Die *res publica* verwandelt sich unvermittelt in eine *res privata*, es verabschieden auch sozialdemokratisch geführte Regierungen, unabhängig von konjunkturellen Notwendigkeiten und volkswirtschaftlicher Voraussicht, sogenannte *Sparbudgets*. Nulldefizite geraten zum wohlfeilen Slogan neoklassischer Adepten. Die gesellschaftspolitische Funktion öffentlicher Ausgaben bleibt ausgespart, staatlicher Gestaltungswille wird misstrauisch kommentiert oder hat gar völlig abgedankt. Privatisierung von öffentlichen Gütern und traditionell staatlichen Aufgaben, die restriktive Handhabung öffentlicher Haushalte, scheinen zum ideologisch betriebenen Selbstzweck zu verkommen.
Die Bürger aber, verwirrt vom evidenten Widerspruch steigender Renditen und fallender Löhne, erliegen dem modernen *Mantra* von der *Naturgegebenheit* der Globalisierung, die zwar vielen etwas bringt und eben einige – zunehmend mehr – beiseite schiebt. Der Einzelne und die

Ziel der Steiermark ist es, dynamisches geistig-kulturelles, wissenschaftlich-wirtschaftliches Zentrum und Ort der fruchtbringenden Begegnung in der Zukunftsregion im Südosten Europas zu sein, zu der neben unseren österreichischen Nachbarn vor allem Slowenien, Kroatien, Oberitalien und Westungarn gehören. Es ist dies eine Rolle und Verantwortung, die uns aus Geschichte und Geopolitik erwachsen ist und die wir am Beginn des 21. Jahrhunderts mit starken neuen Impulsen weiterentwickeln wollen. Bereits 2002 hatte die Steiermark mit 3,67 % F&E-Quote den Spitzenplatz unter den österreichischen Bundesländern. Unser Bundesland lag damit nicht nur weit über dem österreichischen Durchschnitt, sondern hat auch das für 2010 von der EU proklamierte 3%-Ziel signifikant übertroffen. Gemeinsam wird es uns gelingen, DER Forschungsstandort im Südosten Europas und bei der F&E-Quote weiterhin unter den Topregionen der EU zu sein.

Mag. Kristina Edlinger-Ploder
Landesrätin der Steiermark für Wissenschaft & Forschung, Verkehr und Technik

Gemeinschaft – jene dialektische Dualität des erfolgreichen europäischen Sozialmodells – aber fallen einem zynischen *Kollateralschaden* anheim.
Diese tief reichende Verunsicherung breiter Kreise, der Abschied vom »europäischen Gesellschaftsvertrag«, scheint mir die Hauptursache der anhaltenden europäischen Malaise zu sein.
Das liberale Pariser *Institut Montaigne* hat kurz nach dem negativen Ausgang des französischen Verfassungsreferendums 2005 treffend formuliert:

> *»Aux yeux de la grande majorité de ses habitants, l'UE est désormais un problème plutôt qu'une solution: elle donne l'apparence d'une machine lourde et opaque qui contribue a intensifier la concurrence pour l'emploi en intégrant en son sein des pays a bas couts.«*

Da taten sich die Gründungsväter der europäischen Einigung noch einigermaßen leichter. Für sie war die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zuvorderst ein pragmatisches Konstrukt, sein ideologisches Primat jedoch Friede und Sicherheit. Das *politische Europa*, der globale *Machtfaktor EU* sind das *Addendum* späterer Jahre und Ausfluss des – historisch ungemein erfolgreichen – Erweiterungsprozesses. Seit dem Beitritt Großbritanniens 1973 hat sich in insgesamt sieben Runden das sich einigende Europa auf 27 Mitgliedstaaten mit einer halben Milliarde Menschen ausgebreitet. Diese spezifisch europäische Unionsbildung hat in dem kurzen Zeitraum von dreiunddreißig Jahren praktisch alle Demarkationslinien der vergangenen euro-

päischen Bürgerkriege überwunden (wenngleich nicht aufgelöst) und in beispielloser Weise Stabilität, Demokratie und Wohlstand quer über den Kontinent gebracht.
Es bleibt freilich zu fragen, warum Europa gerade jetzt der Mut verlässt, wenn es gilt, die letzte große *Konfliktzone Jugoslawien* mittels konsequenter Heranführung an die EU ein für allemal zu beseitigen.
In den Staatskanzleien der EU scheinen bürokratische Rechenstifte die Visionäre der frühen Jahre verdrängt zu haben. Die Beseitigung der *Obristen- und faschistischen Regime* von Griechenland bis zur iberischen Halbinsel scheint ebenso vergessen, wie die Überwindung des *Eisernen Vorhanges* und die erfolgreiche Re-Integration dieser Staaten in die demokratische Gemeinschaft Europas. Aber kann diese »Rechnung« aufgehen, wenn man etwa die Kosten eines *Nicht-Beitrittes* der Staaten des sogenannten *Westbalkans* kalkuliert: fortgesetzte Unterentwicklung, Unsicherheit und Migration. Der *spill over*-Effekt wäre nicht zu unterschätzen und würde doch bloß die Aussicht auf eine *Balkan-Banlieu* vor unserer Haustür bedeuten und jedenfalls weit, sehr weit von dem entfernt sein, was sich vorausblickende Europäer wünschen können.
Olli Rehn, der aus Finnland stammende »Erweiterungskommissar« der Europäischen Union bringt es in seinem jüngst erschienenen Band *Europe's Next Frontiers* auf den Punkt, wenn er kritisch bemerkt: *»There is something rotten in the Union of Europe today: our utterly defensive attitude to change.«*

Wechsel ist jedoch auch und gerade in Brüssel gefragt. Dort hat sich – mit schweigender Zustimmung der Regierungen vieler Mitgliedsstaaten – bereits seit Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ein *Anti-Etatismus* breitgemacht, der sukzessiv das traditionelle sozial-liberale Modell durch neoliberales Handeln ersetzt hat. Dieser von angloamerikanischen Staats- und Gesellschaftstraditionen geprägte Paradigmenwechsel ist in Europa mit dem schwierigen Übergang zum »politischen Projekt« zzusammengefallen Die Verfassungsdebatte – ohnehin elitär dominiert – hat die soziale Dimension des zukünftigen geeinten Europas geflissentlich vernachlässigt und die Zeichen des arbeitslosen Zeitalters nicht richtig gedeutet. Die Folgen sind eklatant; Europa ist auf der Suche nach einer *erneuerten gemeinsamen Grundlage*, wie es im Text der *Berliner Erklärung* vom März 2007 heißt. Es ist dringend zu fordern, dass auf dieser *erneuerten gemeinsamen Grundlage* in der Tat gründlich reformierte ökonomische, soziale und ökologische Säulen errichtet werden.

Die Forderung nach einer europäischen ökosozialen Wirtschaftsstruktur sollte nun endlich ernst genommen werden und vor allem im Zuge des bis 2009 avisierten Abschlusses eines revidierten Verfassungsvertrages umgesetzt werden. So und nur so wird es gelingen, jenen bürgerlichen Kleinmut, fälschlich als *Europamüdigkeit* bezeichnet, zu überwinden. Dazu aber bedarf es einer runderneuerten europäischen *Leadership* wie es wohl nur durch die robuste institutionelle Umgestaltung – bloß einige Stichworte: Europäische

PräsidentIn und AußenministerIn, weitere Rechte für das Europäische Parlament, europaweite Wahlen und Referenda, ein demokratischer *grand bargain* zwischen den lokalen, regionalen, nationalen und supranationalen Ebenen Europas, koordinierte Sozial-, Finanz- und Industriepolitiken – erreichbar scheint.
Das und noch mehr ist die eigentliche Herausforderung an ein tatsächlich *Neues Europa* im 21. Jahrhundert. Dann auch wird es besser möglich sein, die Frage der Grenzen Europas – diesen unsäglichen und gleichzeitig relevanten Schreckbegriff – vorurteilsfreier und mit weniger Ressentiment zu diskutieren. Wie meinte doch Eric Hobsbawn so richtig:

> *»Geographically, as everyone knows, Europe has no Eastern borders and the continent therefore exists exclusively as an intellectual construct.«*

Diese Binsenweisheit durchzieht – wenngleich vage – die *Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge* und macht Hoffnung auf die Realisierung des europäischen Traumes:

> *»Die Europäische Union lebt auch in Zukunft von ihrer Offenheit und dem Willen ihrer Mitglieder, zugleich gemeinsam die innere Entwicklung der Europäischen Union zu festigen. Die Europäische Union wird auch weiterhin Demokratie, Stabilität und Wohlstand jenseits ihrer Grenzen fördern.«*

Nehmen wir die Unterzeichner der Berliner Erklärung beim Wort. Lassen wir sie nicht aus der europäischen Verantwortung, übernehmen aber auch wir selbst unseren Teil daran.